Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
20.02.2015
Ausschussbetreuender Fachbereich
Bildung, Kultur, Schule und Sport
Schriftführung
Petra Weymans
Telefon-Nr.
02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Mittwoch, 26.11.2014

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:05 Uhr - 18:27 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 24.09.2014 - öffentlicher Teil -**
0493/2014

4 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

6 Sachstand Schulsanierungen

7 Wahl von zusätzlichen Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
0446/2014

8 Aufnahme in eine städtische Schule, Festlegung nach § 46 Abs. 6 SchulG
0499/2014

9 Haushalt 2015
0475/2014

10 "Pakt für den Sport in Bergisch Gladbach"
0456/2014

11 Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.
0476/2014

12 Anträge der Fraktionen

13 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Neu teilt mit, für den nichtöffentlichen Teil liege eine weitere Beschlussvorlage zu TOP 4 vor. Er möchte die Tagesordnung entsprechend erweitern.

Der Ausschuss zeigt sich einvernehmlich einverstanden.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

Die nachfolgend aufgeführten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport werden unter Verlesung des Verpflichtungstextes vom Vorsitzenden eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtete:

Herr Pfarrer Schneider
Herr Heimann
Herr Göbels
Herr Lucke
Frau Luck

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 24.09.2014 - öffentlicher Teil -
0493/2014

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Mumdey verweist auf die Tischvorlage „Sachstandsbericht zu Hauptschulkursen an der VHS“.

6. Sachstand Schulsanierungen

Herr Neu erinnert an seinen Vorschlag in der letzten Sitzung des Ausschusses, die Grundschulen zu besichtigen und eine neue Prioritätenliste bezüglich der Sanierung zu erstellen. Der Ausschuss ist mit diesem Vorschlag einvernehmlich einverstanden.

Herr Pütz verweist auf die fortgeschriebene Übersicht zum Sachstand der Schulsanierungen. Eine Reihe von Maßnahmen sei zwischenzeitlich abgeschlossen worden. Auch der Fortschritt der Arbeiten bei einigen Maßnahmen sei der Liste zu entnehmen. Hinweisen möchte er auf die neue inklusive Schulbaumaßnahme „Einbau eines Treppenliftes in der GGS Katterbach“.

Frau Lehnert hat eine Frage zu den Toilettensanierungen an den Grundschulen GGS Hebborn und KGS Eichelstr. Sie möchte gerne wissen, warum diese Sanierungen so teuer seien. Ferner habe Sie eine Frage zur Gesamtsanierung der Otto-Hahn-Schulen. Sie habe gehört, dass in dieser Gesamtsanierung die Sanierung der Fassade nicht enthalten sei und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden sei, wohl aus Kostengründen. Dies führe doch sicherlich zu erneuten Lärmbelästigungen. Sie möchte hierzu gerne den Sachstand wissen.

Herr Neu erklärt, bei der Aufnahme dieses regelmäßigen Tagesordnungspunktes sei er davon ausgegangen, ein Vertreter des Fachbereichs 8 werde zu diesem Punkt an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen, um solche Fragen zu beantworten. Er möchte festhalten lassen, es sei ausdrücklicher Wunsch des ABKSS, dass ein Vertreter des Fachbereiches 8 (z. B. Herr Martmann oder Herr Hellekes) ab der nächsten Sitzung des ABKSS am 04.03.2015 an den Sitzungen des Ausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt teilnehme.

Herr Pütz teilt mit, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Herr Komenda hat ebenfalls eine Frage zur Sanierung der Otto-Hahn-Schulen. Er möchte gerne wissen, aus welcher Haushaltsstelle die Mittel für die Ausstattung der Schule genommen werde. Des Weiteren möchte er auf die Kostensteigerung bei der Sanierung der Sporthalle Herkenrath hinweisen. Zuerst sei im Infrastrukturausschuss nur die Rede von Statikarbeiten i.H.v. 150.000 € gewesen. Dann habe sich herausgestellt, die Halle müsse komplett saniert werden. Zunächst seien hier Kosten i.H.v. 1,5 Mio. Euro genannt worden, nun lägen diese bei 3 Mio. Euro. Er habe das Gefühl, die Gesamtsanierung werde mit jeder Vorlage teurer. Ähnlich sei dies beim Abriss und Neubau der Turnhalle Paffrath. Hier halte er die Abrisskosten von 350.000 € für recht hoch. Er hätte gerne zu den Kosten der beiden Baumaßnahmen einen Sachstand. Zuletzt möchte er aus dem Infrastrukturausschuss berichten. Es gebe eine neue Richtlinie, nach der die technischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden - vor allem in Schulen - nicht mehr von Sachkundigen, sondern nun von Sachverständigen (z.B. TÜV, Dekra) geprüft würden. Es seien bereits 11 Schulen begutachtet worden und es sei ein Handlungsbedarf i.H.v. 11 Mio. Euro nur für die technischen Anlagen, also Stromkreislauf und Heizung, festgestellt worden. Hochgerechnet käme man für alle Schulen auf einen Betrag von ca. 100 Mio. Euro; Sanierungen von z.B. Fenster, Toiletten oder Böden nicht einbezogen. Derzeit seien im Kostenblock Schulen oder Hochbau allgemein für die Sanierung von Schulen nur 2,6 Mio. Euro veranschlagt. Es gebe nicht genug Mittel, um die Schulen auch nur halbwegs instand zu setzen.

Herr Pütz verweist bezüglich der Ausstattungskosten für die Otto-Hahn-Schulen auf den Haushaltsentwurf. Im Finanzplan gebe es ab 2016 hierfür einen besonders ausgewiesenen Ansatz. Die Fragen zu den Kosten der Baumaßnahmen würden schriftlich beantwortet.

Der Ausschuss nimmt die Tischvorlage zur Kenntnis.

7. Wahl von zusätzlichen Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

0446/2014

Herr Neu erläutert den Beschlussvorschlag. Er schlägt vor, über jeden der drei Beschlussvorschläge einzeln zu diskutieren und abzustimmen.

Frau Lehnert erklärt, die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 zu.

Herr Neu lässt über die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der AfD folgende Beschlussempfehlung:

Auf Vorschlag des Stadtverbandes Kultur und des Stadtsportverbandes werden folgende Vertreterinnen/Vertreter als Mitglieder des ABKSS mit beratender Stimme bzw. als persönliche Stellvertreterinnen/Stellvertreter berufen:

Für den Stadtverband Kultur:	
Beratendes Mitglied	**Persönliche Stellvertretung**
Herr Dr. Lothar Speer	**Herr Michael Fischer**

Für den Stadtsportverband:	
Beratendes Mitglied	**Persönliche Stellvertretung**
Herr Rainer Adolphs	**Herr Jörn Greifenberg**

Frau Lehnert teilt mit, die CDU-Fraktion stimme bei Ziffer 2 der Alternative 2 zu.

Herr Komenda erklärt, die SPD-Fraktion sei ebenfalls für die Alternative 2. In Hinsicht auf die großen Sanierungen und Bewegungen in der Schullandschaft halte er eine Vertretung der Schulen hier im Ausschuss für sinnvoll.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der AfD und zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP folgende Beschlussempfehlung:

Alternative 2:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Schulleitungskonferenz zu bitten, eine Vertreterin/einen Vertreter für eine Wahl als Ausschussmitglied mit beratender Stimme (als Vertreterin/ Vertreter der Schulen gemäß § 85 Absatz 2 Satz 3 SchulG NRW) zu benennen. Der Vorschlag wird sodann dem Rat nach Vorberatung im ABKSS zur Wahl vorgelegt.

Frau Lehnert erinnert daran, die CDU habe in der letzten Sitzung auf Grund von Beratungsbedarf die Vertagung der Ziffer 3 beantragt. Grundsätzlich finde sie es gut, wenn Schülerinnen und Schüler

die Möglichkeit erhielten, sich einzubringen. Allerdings gebe es die gesetzlichen Vorgaben, die hier eher dagegen sprächen. Die CDU-Fraktion werde daher für die Alternative 1 stimmen. Herr Neu und sie hätten sich aber Gedanken gemacht, wie bei einer Ablehnung trotzdem die Anregungen und/oder Bedenken bzw. Anliegen der Schülervertretungen behandelt werden könnten. Sie schlage vor, dass sich die Schülervertretung bei einem Anliegen an die Schulverwaltung wende. Die Schulverwaltung werde dann in kürzester Zeit ein Gespräch koordinieren, an dem die Schülervertretung, die Schulverwaltung, der Vorsitzendes und die stellvertretende Vorsitzende dieses Ausschusses teilnähmen. In diesem Arbeitskreis würde dann versucht, eine Lösung zu finden. Auf Wunsch der Schülervertretung würde der Arbeitskreis dann auch die Anliegen dem Ausschuss mitteilen. Sie beantrage, dass der Ausschuss über diesen Vorschlag abstimme.

Herr Neu erklärt ergänzend, eine Vertreterin / ein Vertreter der Bezirksschülervertretung müsse in Bergisch Gladbach wohnen und volljährig sein. Nach dem Abitur würde diese / dieser wieder ausscheiden. Eine Mitarbeit im Ausschuss wäre somit meist nur von kurzer Dauer.

Frau Glamann-Krüger findet, die von Frau Lehnert vorgeschlagene „Hinterzimmerlösung“ sei nicht das, was die Schüler wollten. Im Falle einer Ablehnung bitte sie die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich sei, dass eine Vertreterin / ein Vertreter der Bezirksschülervertretung als Gast mit Rederecht teilnehmen könne. Notfalls müsse der Rat dies beschließen. In NRW hätten Jugendliche ab 16 Jahren zwar ein Wahlrecht bei den Kommunalwahlen, mitreden dürften sie aber nicht. Hier gehe es nicht um einen Sitz als sachkundiger Bürger, sondern um ein Rederecht, um Mitsprache bzw. die im Wahlkampf viel zitierte Bürgerbeteiligung von jungen Menschen. Und diese sollte ermöglicht werden.

Frau Dönmez weist auf ihre Ausführung in der letzten Sitzung zur Wichtigkeit der Vertretung der Bezirksschülervertretung in diesem Ausschuss hin. Die gesetzliche Vorgabe der Volljährigkeit sehe sie nicht als Hindernis an. An den Gesamtschulen mache man das Abitur noch nach 13 Schuljahren und somit gebe es auch 19jährige Schülervertreter. Zum anderen würde man über eine Vertreterin / einen Vertreter der Bezirksschülervertretung als Ausschussmitglied mit beratender Stimme auch einen regelmäßigen Informationsfluss und Austausch erreichen. Bei den Schulkonferenzen sei die Schülervertretung ja schon gleichermaßen vertreten wie die Elternvertreter und Lehrervertreter. Hier sei bereits eine Parität erreicht. Dieses Demokratieverständnis würde sie und die Bezirksschülervertretung auch von der Politik erwarten.

Frau Scheerer erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmten für die Alternative 2. Im Ausschuss würden viele Angelegenheiten besprochen, die die Schülerinnen und Schüler existenziell beträfen. Viele andere Gemeinden hätten Jugendparlamente. Möchte man Jugendliche an die Politik heranführen, müsse man ihnen auch die Möglichkeit geben, aktiv z.B. in einem Ausschuss mitzuarbeiten. Den Vorschlag von Frau Lehnert finde sie zu kompliziert und zu umständlich. Es stünde dem Ausschuss besser an, junge Menschen hier an die Politik heranzuführen.

Herr Komenda teilt mit, die SPD-Fraktion habe sich intensiv mit dem Antrag auseinandergesetzt. Er bedauere es, dass dies an den rechtlichen Vorgaben scheitere. Er könne sich auch vorstellen, dass in dem von Frau Lehnert vorgeschlagenen Arbeitskreis alle Fraktionen vertreten seien. Die SPD-Fraktion habe ferner überlegt, ihre Fraktionssitzungen für die Bezirksschülervertretung zu öffnen, so dass diese ihre Probleme dort auch darstellen könne. Die SPD-Fraktion unterstütze den Vorschlag und den Antrag von Frau Lehnert.

Herr Kleine unterstützt ebenfalls den Vorschlag von Frau Lehnert. Sollte sich in der Zukunft allerdings herausstellen, dass dieses Verfahren nicht funktioniere und die Schülervertretung äußere, sie würde nicht genug gehört, dann könne der Ausschuss noch einmal diskutieren. Er plädiere für den „kleinen Weg“, mit dem auch signalisiert werde, dass der Ausschuss an den Belangen der Schülerinnen und Schüler sehr interessiert sei.

Frau Dönmez möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Altersgrenze kein Hindernis darstelle, da es auch 19jährige Schülerinnen und Schüler gebe, die dann zwei Jahre die Bezirksschülervertretung verträten. Es müsse also nicht jedes Jahr neu gewählt werden.

Frau Glamann-Krüger möchte noch auf den letzten Absatz in der Stellungnahme der Verwaltung hinweisen (Seite 12). Dieser Hinweis sei überflüssig und habe nichts mit dem Antrag der FDP-Fraktion zu tun.

Herr Neu lässt zunächst über den Beschlussvorschlag Ziffer 3 Alternative 1 abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei sechs Gegenstimmen aus den Reihen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FDP und AfD und keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Alternative 1:
Der Rat beschließt, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen und keine Vertreterin/keinen Vertreter der Bezirksschülervertretung als Ausschussmitglied mit beratender Stimme in den ABKSS zu wählen.

Sodann lässt Herr Neu über den Vorschlag von Frau Lehnert, dass wenn die Bezirksschülervertretung ein Anliegen habe, diese sich an die Schulverwaltung wende und dann innerhalb von kürzester Zeit ein Gespräch mit der Verwaltung, dem Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses stattfinde, abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Bildung, Schule und Sport zeigt sich bei fünf Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP mit diesem Vorschlag einverstanden.

8. Aufnahme in eine städtische Schule, Festlegung nach § 46 Abs. 6 SchulG
0499/2014

Herr Pütz erklärt auf Nachfrage von Frau Dönmez, ob eine Kommune über ein Schulgesetz abstimmen dürfe, es werde nicht über das Schulgesetz abgestimmt. Das Schulgesetz eröffne die Möglichkeit, einen solchen Beschluss zu fassen. Es bestehe hierzu keine Verpflichtung. Die Verwaltung halte dies aber für sinnvoll. Die beschlossene Festlegung sei dann für die Schulen bindend.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. folgenden Beschluss:

Die Stadt Bergisch Gladbach als Schulträger legt gemäß § 46 Abs. 6 SchulG fest, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen an der gewünschten Schule in Bergisch Gladbach die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.

9. Haushalt 2015
0475/2014

Herr Neu schlägt vor, die Beschlusslage an den Haupt- und Finanzausschuss abzugeben und in dieser Sitzung nur die Sach- und Fachdiskussion zu führen. Die Vorlage werde somit wie eine Mitteilungsvorlage behandelt.

Seitens der Ausschussmitglieder wird hierzu kein Widerspruch geäußert.

Herr Neu tritt in die Diskussion ein.

Produktgruppe Schulträgeraufgaben

Frau Lehnert hat eine Frage zum Hinweis 1 (1.2 Erläuterungen zu den Änderungen bei der Produktgruppe 003 400 – Schulträgeraufgaben) auf Seite 21 der Vorlage. Hier stehe, der Fachbereiche 8 / Immobilienbetrieb übernehme ab dem 01.01.2014 die Verwaltung der ehemaligen Grundschule Heidkamp, um sie veräußern zu können. Sie möchte gerne wissen, ob es sich hier nicht um den 01.01.2015 handele und ob es schon einen Beschluss dazu gebe. In diesem Gebäude sei u.a. die AWO Jugendwerkstatt untergebracht, die eine sehr wertvolle Arbeit für die Stadt leiste. Das Konzept der Jugendwerkstatt basiere auch auf einer bestimmten räumlichen Konstellation, die in diesem Gebäude gegeben sei. Es sei sehr wichtig, dies bei den Planungen für dieses Gebäude mit zu berücksichtigen.

Herr Mumdey antwortet, es handele sich um den 01.01.2015.

Frau Scheerer hat eine Frage zum Personaleinsatz in der Produktgruppe Schulträgeraufgaben (Seite 141 des Entwurfs des Haushaltsplans 2015). Danach sei für 2015 eine Stelle zusätzlich eingerichtet worden. Sie möchte gerne wissen, wofür diese zusätzliche Stelle eingerichtet worden sei. Ferner sei bei den Erläuterungen zum Teilergebnisplan bei Mietaufwendungen für fremde Räumlichkeiten (Seite 144) die Schwimmhalle des Turnerbundes aufgeführt. Sie möchte gerne wissen, ob diese noch existiere.

Herr Pütz erklärt, es sei keine weitere Stelle bei der Schulverwaltung eingerichtet worden. Die Erhöhung komme durch die neue Zuordnung einer sogenannten Rotationsstelle, die derzeit mit einem ehemaligen Auszubildenden besetzt sei, zustande. Bei der Eintragung „Schwimmhalle des Turnerbundes“ bei den Mietaufwendungen für fremde Räumlichkeiten handele es sich um einen redaktionellen Fehler, der korrigiert werde. Diese Schwimmhalle werde nicht mehr in Anspruch genommen. Im Ansatz 2015 sei die Mietaufwendung für diese Schwimmhalle nicht enthalten.

Produktgruppe Kulturförderung

Frau Scheerer hat folgende Nachfragen bzw. Anmerkungen zur Produktgruppe Kulturförderung. Zunächst einmal möchte sie auf die Zuschüsse für die kirchlichen Büchereien i.H.v. 3.500 € hinweisen. Hier frage sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, warum die Stadt angesichts der steigenden Kirchensteuereinnahmen die kirchlichen Büchereien noch unterstützte. Auch sei zu berücksichtigen, dass auch die städtischen Büchereien und die Schulbibliotheken Mittel benötigten. Ferner möchte sie gerne wissen, wie lange der neue Mietvertrag, der 2012 zur Unterbringung der Stiftung Zanders im Kulturhaus Zanders abgeschlossen worden sei, laufe. Zuletzt habe sie eine Frage zu „07 – Sonstige ordentliche Erträge“ im Teilergebnisplan (Seite 154). Für das Ergebnis 2012 sei ein Betrag i.H.v. 3.783 € eingetragen, im Ansatz 2015 stehe 22.718 €. Hier möchte sie gerne wissen, wie es zu dieser Steigerung komme. Diese betreffe auch andere Produktgruppen.

Herr Mumdey erklärt, bei den Zuschüssen für die kirchlichen Büchereien handele es sich um eine freiwillige Leistung ohne vertragliche Verpflichtung. Ob man diese aufrechterhalte, sei eine politische Entscheidung. Zum neuen Mietvertrag zur Unterbringung der Stiftung Zanders im Kulturhaus Zanders möchte er darauf hinweisen, der neue Mietvertrag, der Mitte 2012 abgeschlossen worden sei, sei finanziell wesentlich günstiger als der Vorgängervertrag und beinhalte nur noch die Unterbringung der Papiergeschichtlichen Sammlung gemäß Stiftungsurkunde. Er habe eine Laufzeit von

10 Jahren. Die Frage zu der Steigerung bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ müsse schriftlich beantwortet werden.

[Anmerkung der Verwaltung:
In der Position 07 – Sonstige ordentliche Erträge werden u.a. Herabsetzungen/Auflösungen der Rückstellungen, Überstunden und Urlaub angesetzt. Es wird auf die jeweils zum letzten 31.12. ermittelten Daten zurückgegriffen. Für den Haushaltsplan 2015 beruhen die Werte also auf den zum 31.12.2013 ermittelten Daten. Die Werte sind aber keineswegs in allen Produkten (stark) gestiegen:
PrdNr.: 004 410 010 Kont.: 4583001 z.B. 20.980 € für 2014 :Steigerung bei der Überstunden-Rückstellung von ca. 2 T€;
PrdNr.: 004 420 010 Kont.: 4583001 z.B. 16.428 € für 2014 :Steigerungen bei der Urlaubs-Rückstellung (ca. 1.500€) und Steigerung bei der Überstunden-Rückstellung (ca. 3T€);
PrdNr.: 004 430 010 Kont.: 4583001 z.B. 34.972 € für 2014 :Steigerungen bei der Urlaubs-Rückstellung (ca. 7.600€) und Steigerung bei der Überstunden-Rückstellung (ca. 8T€);
PrdNr.: 004 440 010 Kont.: 4583001 z.B. 35.892 € für 2014 :Keine Steigerung, sondern Senkung um ca. 6.700 €;
PrdNr.: 004 450 010 Kont.: 4583001 z.B. 65.567 € für 2014 :Keine Steigerung, sondern Senkung um ca. 16.500 €;
PrdNr.: 004 470 010 Kont.: 4583001 z.B. 12.649 € für 2014 :Steigerung bei der Urlaubsrückstellung von ca. 600 €;
PrdNr.: 008 490 010 Kont.: 4583001 z.B. 19197 € für 2014 :Steigerung bei der Überstunden-Rückstellung von ca. 3 T€;
PrdNr.: 008 495 010 Kont.: 4583001 z.B. 31.505 € für 2014 :Keine Steigerung, sondern Senkung um ca. 7.700 €.]

Herr Kleine zeigt sich verwundert über die Bedenken der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der kirchlichen Büchereien. Der ABKSS habe bisher versucht, Förderungen aufrecht zu erhalten und Kürzungen zu vermeiden. Er könne diesen Gedanken nicht unterstützen.

Frau Dönmez weist auf die geringen finanziellen Mittel für die Schulbüchereien hin. Überlegenswert wäre für sie bei Einsparungen im Schulbereich ein Verzicht der Förderung der kirchlichen Büchereien zugunsten der Förderung der schulischen Bibliotheken.

Herr Kraus hält eine Diskussion im Kulturausschuss über 3.500 € im Jahr für die kirchlichen Büchereien im Gesamtkontext des Haushaltes für überflüssig. Zu berücksichtigen sei in diesem Zusammenhang auch die große ehrenamtliche Arbeit, die in diesen Büchereien geleistet werde.

Herr Pfarrer Schneider teilt mit, er würde es bedauern, wenn die Förderung gestrichen würde.

<u>Produktgruppe Stadtbücherei</u>

Frau Scheerer möchte gerne wissen, warum die Personalkosten bei gleichem Personalansatz von 2014 auf 2015 um 61.000 € gestiegen seien.

[Anmerkung der Verwaltung:
Die gestiegenen Personalkosten der Stadtbücherei (im Vergleich HH 2014 / HH 2015) erklären sich wie folgt:

- *durch tarifliche Steigerungen*
- *durch Stundenerhöhungen von Teilzeitbeschäftigten (gegenüber der Planung 2014 insgesamt 15 Stunden)*
- *durch gestiegene Zuführungen zur Urlaubs- und Überstundenrückstellungen]*

Produktgruppe Haus der Musik

Frau Glamann-Krüger möchte gerne die Kostensteigerung in dieser Produktgruppe erläutert haben.

Herr Mumdey erklärt, eine Ursache liege in der Erhöhung der Personalkosten auf Grund der Tarifsteigerung von rund 3 %. Durch die vielen Stellenanteile mache sich diese hier besonders bemerkbar. Ein weiterer Grund liege im Rückgang der Teilnehmerentgelte durch rückläufige Schüler-/Teilnehmerzahlen.

Für die Produktgruppen VHS, Kunst- und Kulturbesitz, Stadtarchiv, Sportförderung und Sportstätten werden keine Fragen gestellt.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

10. "Pakt für den Sport in Bergisch Gladbach"

0456/2014

Herr Obst erklärt, er vermisse in der Vorlage eine Gegenüberstellung der heutigen Sachstände zu den einzelnen Punkten, die im „Pakt für den Sport“ beschlossen würden. Ebenso fehle ihm eine Bewertung der finanziellen Auswirkungen des Paktes auf die Einnahmen und Ausgaben der Stadt. Die Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) möchte deshalb die Verwaltung beauftragen, die finanziellen Auswirkungen dieses Paktes zu bewerten und beantrage die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, bis diese Bewertung vorliege.

Herr Kleine weist darauf hin, mit dem „Pakt für den Sport“ solle der Stellenwert des Sports in dieser Stadt für die Zukunft gestärkt werden. Konkrete Maßnahmen, die Kosten verursachten, seien damit aber nicht verbunden. Ferner stehe alles unter dem Finanzierungsvorbehalt.

Auch Frau Lehnert merkt an, mit dem „Pakt für den Sports“ werde ein anderes Bewusstsein der Kommunikation und des Umgangs miteinander hergestellt. Ein Mitspracherecht werde manifestiert und dies sei auch gut so. An den finanziellen Auswirkungen ändere sich nichts.

Frau Dönmez stellt fest, diese Vorlage des „Pakts für den Sport“ weiche ab von der von Herrn Adolphs in einem Gespräch mit der Fraktion DIE LINKE. vorgelegten Version. Verschiedene Verbindlichen wie z.B. unter Ziffer 3 „Zur Finanzierung prüft sie dazu auch die Möglichkeit einer Zuweisung aus Mitteln der Jugendförderung“ oder unter Ziffer 4 „Nichtverausgabte, den Vereinen des Verbandes zugedachte Mittel der Sportpauschale werden einer zweckgebundenen Rücklage zugunsten von förderungsfähigen Vereinsprojekten zugeführt“ würden in der nun vorgelegten Version fehlen. Sie halte den Wegfall dieser Verbindlichkeiten für bedenklich und möchte gerne wissen, warum diese Punkte nicht mehr aufgeführt seien.

Herr Mumdey antwortet, die Sportpauschale betrage ca. 300.000 € jährlich. Die Investitionen im Sportbereich seien weit aus höher, d.h. die Stadt gebe jährlich ein Vielfaches der Sportpauschale für Sportförderungszwecke aus. Mit der Formulierung unter Ziffer 4 werde der Stadtsportverband bei der Verteilung der Sportpauschale beratend einbezogen.

Herr Weirich erklärt, über den „Pakt für den Sport“ sei viel diskutiert worden. Es habe verschiedene Vorlagen mit unterschiedlichen Formulierungen gegeben. Die Stadt Bergisch Gladbach und der Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V. hätten sich auf die dem Ausschuss vorgelegte Version einvernehmlich geeinigt. Konkrete finanzielle Auswirkungen seien damit nicht verbunden.

Herr Komenda verweist dazu auf den für ihn entscheidenden Satz in der Präambel „Basierend auf den Ergebnissen und Empfehlungen des Sportentwicklungsplanes (…)“. Dieser Sportentwicklungsplan sei in enger Zusammenarbeit mit allen Vereinen dieser Stadt entstanden.

Frau Dönmez fragt noch einmal nach, warum die Formulierung unter Ziffer 3 „Zur Finanzierung prüft sie dazu auch die Möglichkeit einer Zuweisung aus Mitteln der Jugendförderung“ weggefallen sei. Sie möchte gerne wissen, warum der Stadtsportverband diese gewollt habe, die Verwaltung aber nicht.

Herr Neu erklärt, es habe in der Entwicklungsphase viele verschiedene Vorschläge und Formulierungen gegeben. Grundlage der Diskussion sei der jetzt ausgearbeitete „Pakt für den Sport“. Die Fraktion Die LINKE. könne natürlich beantragen, verschiedene Punkte aufzunehmen.

Herr Mumdey betont, der vorgelegte „Pakt für den Sport“ stelle das ausverhandelte Ergebnis des Stadtsportverbandes und der Verwaltung dar.

Herr Obst möchte noch einmal auf seinen Antrag zurückkommen. Sport sei ein sehr wichtiges Element für alle Bürger dieser Stadt. Er sei selber aktiver Sportler. Allerdings habe er nicht den Wissensvorsprung der anderen, die die Verhandlungen zu diesem Vertrag begleitet hätten. Daher sei es ihm nicht möglich darüber abzustimmen, wenn er die finanziellen Auswirkungen nicht kenne. Als Beispiel möchte er das Nutzungsrecht der Sportvereine unter Ziffer 2 nennen. Danach werde für die Nutzung der städtischen Sportstätten kein Nutzungsentgelt erhoben. Ihm sei jedoch nicht bekannt, ob dies eine neue Regelung sei. Änderungen würden in dieser Beschlussvorlage nicht gegenübergestellt. Dies habe er eingangs kritisiert.

Herr Mumdey erläutert, derzeit würden keine Nutzungsentgelte erhoben. Es gebe also keine Änderung. Mit dieser Formulierung nehme man sich jedoch die Möglichkeit, Nutzungsentgelte bei einer Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes zu berücksichtigen.

Herr Weirich betont noch einmal, es seien keinerlei finanzielle Auswirkungen mit diesem „Pakt für den Sport“ verbunden. Herr Obst könne sich mit seinen Fragen gerne jederzeit an ihn und an Herrn Adolphs wenden.

Herr Obst bedankt sich für das Angebot, auf das er gerne zurückkommen werde. Seinen Vertagungsantrag ziehe er hiermit zurück.

Herr Kraus stellt fest, mit dem Beschluss, den der Ausschuss hier fasse, sei auch ein Stück aktive Bürgerbeteiligung verwirklicht. Deshalb unterstütze er diesen „Pakt für den Sport“. Die CDU-Fraktion werde diesem zustimmen.

Herr Komenda möchte bei dem Stichwort Nutzungsentgelte noch auf das hohe ehrenamtliche Engagement der Sportvereine aufmerksam machen. Viele Sportanlagen würden von diesen gepflegt und teilweise auf eigene Kosten instand gesetzt.

Herr Neu stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschlussvorschlag:

Zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V. wird der „Pakt für den Sport in Bergisch Gladbach“ beschlossen.

11. Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.
0476/2014

Frau Bischoff teilt mit, die CDU-Fraktion freue sich, dass Herr Dr. Speer den Vorsitz über den Stadtverband Kultur übernommen habe und begrüße die von ihm ausgeführte Zielrichtung des Stadtverbandes.

Der Ausschuss schließt sich den Worten von Frau Bischoff an.

12. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage von Frau Scheerer
Frau Scheerer möchte gerne wissen, warum der Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2014 für die Sitzung des Rates am 30.09.2014 zur Förderung des Abenteuerspielplatzes Gronau vom Rat nur an den Jugendhilfeausschuss und Haupt- und Finanzausschuss überwiesen worden sei. In ihrem Antrag habe die FDP-Fraktion u.a. vorgeschlagen, zur Deckung des Förderbetrages von 40.000 € für den Betrieb des Abenteuerspielplatzes Gronau die Fördermittel für den Bergischen Löwen um 40.000 € zu kürzen. Sie finde, dieser Antrag tangiere auch den ABKSS.

Herr Mumdey erklärt, zwischenzeitlich habe man mit dem Landrat bezüglich der Finanzierung der Netzwerkprojekte – und damit auch der Fortführung der Arbeit auf dem Abenteuerspielplatz Gronau – eine neue Vereinbarung getroffen. Der Antrag der FDP-Fraktion sei zu einem Zeitpunkt gestellt worden, wo noch Deckungsvorschläge im Korridor nötig gewesen seien.

Anfrage von Herrn Komenda
Herr Komenda möchte auf ein Projekt an Kölner Schulen hinweisen. Es gebe einen Pilotversuch mit mediengestaltenden Schulen, begleitet von Netcologne. Vielleicht sei es möglich den Zwischenbericht zu erhalten, um zu prüfen, ob dieses Projekt auch an Bergisch Gladbacher Schulen umsetzbar sei.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:20 Uhr.